

# Südeder Volksbote

## Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Südeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu bezahlen. — Abonnementpreis jährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petition oder deren Raum 35 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94.

Dienstag, den 23. April 1918.

25. Jahrg.

### Besteuert den Besitz!

Der Empfang der neuen Steuervorlage in der Presse ist allgemein nach Verdienst schlecht. Nur die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ fühlen sich zu ihrer Verteidigung berufen. Das Organ des Bundes der Landwirte drückt seine Befürchtung aus, daß die Bestrebungen der Einzelstaaten im Bundesrat vollen Erfolg gehabt haben. Aber schon die altdutsch-nationalliberale „Tägliche Rundschau“ nennt die famose neue Finanzreform ein steuerliches Glückwerk, „das weit zurückbleibt hinter der mustergültigen englischen Kriegssteuerpolitik“. Diese Neuerung läßt die Erwartung berechtigt erscheinen, daß sich auch die bürgerlichen Parteien für die Vorlage eines Überblickes über die englische Kriegssteuerpolitik und über die Besteuerung der Kriegsgewinne und -dividenden einsehen werden. Die Verlegenheit darüber, daß Deutschland weit hinter dem englischen Vorbilde zurückbleibt, soll nicht dadurch beschwichtigt werden, daß man von der englischen Kriegsfinanzpolitik möglichst wenig spricht, die die größte lebende Autorität auf dem Gebiete der Reichssteuern erst vor kurzem als „herausragend“ bezeichnet hat.

Auf die Gefahr hin, eines unverhinderlichen Optimismus gefüllt zu werden, wollen wir — so schreibt der „Vorwärts“ — die Hoffnung nicht ganz schwören lassen, daß auch bürgerliche Parteien vor der finstinen Annahme der Steuervorlagen zaudern, die im Augenblitc nichts bringen und in Zukunft die geldlich schwächsten Volksklassen am stärksten belasten, während sofort hoch ergiebige direkte Steuern ungenutzt bleiben. Sogar die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ polemisiert gegen die ausschließliche Reservierung der direkten Steuern für die Bundesstaaten. Die bundestaatlichen Parlamente würden mit ihrer fortschreitenden Demokratisierung den Besitzenden sowieso keinen genügenden Schutz der Geldtaschen bieten, und der Grundsatz der Ausschließlichkeit der bundestaatlichen Einkommen- und Vermögenssteuer sei bereits durch den Wehrbeitrag durchbrochen. Das rheinische Blatt fährt fort:

Auch die Belastung des Verkehrs, des Anzuges jeder Art, des Bieres und der alkoholfreien Getränke, können nicht ohne weiteres als unschädliche Eingriffe in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse angesehen werden. Wenn sie infolge der außerordentlichen Höhe des Bedarfs nicht zu umgehen sind, so bleibt doch die Frage zu prüfen, ob sie nicht wenigstens jetzt schon zum Teil, in direkten Steuern eine Ergänzung erfahren sollen. Von den Entwürfen im ganzen kann man nur sagen, daß sie also wiederum keine organische Ausgestaltung des Reichsfinanzwesens, sondern nur ein durch die einseitige Betonung der indirekten Steuern vielsachen Einwürfen ausgeschlossenes Glückwerk darstellen. Die notwendigen neuen Gesichtspunkte, die den berechtigten Wünschen der Volksstimung und der verstärkten sozialen Gesinnung der Kriegszeit Rechnung tragen würden: Gleichmäßige Heranziehung direkter und indirekter Steuerquellen und Erleichterung statt Erhöhung der Verkehrsgebühren, vor mir ist man in den Entwürfen. Ob die Hinausziehung ihrer Verhältnisse nicht eine unrichtige Belastungsprobe der Volksfinanz darstellt, ist im Parlament ernstlich zu erwägen. Die großen finanziellen Aufgaben des Reiches sollen anscheinend, wenn der Verlauf der Verhandlung im Reichstag das Bild nicht erheblich ändert, vorläufig wieder mit den ungünstigen Mitteln der Vergangenheit gelöst werden. Ein Steuersystem aus einem Guss scheint noch nicht fertiggestellt zu sein. Wenn seiner Auffassung auch zweifellos große Schwierigkeiten erwachsen würden, so dürfte ihre baldige Überwindung für den Wert der Leistung sprechen. Und diese Leistung darf das deutsche Volk von Regierung und Parlament angesichts seiner großartigen Leistungen im Wirtschaftskampf fordern. Denn sie wird erst die dauernde Festigung des wirtschaftlichen Interesses des Reiches nach innen und außen nach diesem Kriege endgültig sicherstellen.“

Nun gibt es aber eine direkte Steuer, die sehr hohe Erträge bringt, ohne in das Gehege des einzelausbaudenden Finanzministers zu kommen: die auszubauende Erbschaftssteuer, die noch dadurch erweitert werden kann, daß dem Reiche das Pflichtteil eines Kindes eingeräumt wird, wenn ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von wenigstens drei Kindern hinterläßt. Dr. R. Kuczynski schätzt den Ertrag aus dem Ausbau der Reichsvermögensaufwachsteuer und Erbschaftssteuer auf zusammen 950 Millionen Mark. Der bisherige Ertrag brachte die lästerliche Summe von 100 Millionen Mark. Die englische Erbschaftssteuer trug dagegen bereits im Jahre 1908/09 365 Millionen Mark ein und war an allen Einnahmen auf Steuern und Zöllen mit 14,6 Prozent beteiligt. Seither ist die englische Erbschaftssteuer bereits im Frieden und auch im Kriege stark erhöht worden. Sogar im kleinbürgerlichen Frankreich, dessen Finanzsystem von trauriger Rückständigkeit ist, brachte die Erbschaftssteuer bereits vor einem Jahrzehnt 200 Millionen Franken und ist seither wesentlich erhöht worden. Wird dem Reiche, wie Kuczynski vorschlägt, unter den genannten Bedingungen der Pflichtteil eines Kindes eingeräumt, so ergibt sich eine weitere Einnahme von mindestens 650 Millionen Mark. Daß die gesteckte Reichsvermögensaufwachsteuer die Erbschaften nur höchst unvollkommen erfaßt, beweist nichts klarer, als daß bereits vor zehn

Jahren Fürst Bülow den Versuch einer Erweiterung dieser Steuer, die sehr wohl die besonderen Verhältnisse des Krieges mit berücksichtigen kann, gemacht hat. Das Reichsschahamt aber bringt auch heute diese Steuer noch nicht. Es will, ehe es die großen Erbschaften, und mögen sie selbst aus dem Kriegswucher stammen, für die Reichszwecke nutzbar machen, Vorsorge treffen, daß in der Zukunft, wenn wieder einmal Kaffee, Tee, Schokolade in unser Land kommen, keine arme Kriegerwitwe, kein Kriegsinvalide eine Tasse dieser Getränke genießt, ohne dem Reiche ausgiebig zu zollen. Eilig hat es das Reichsschahamt mit der sehr energischen Besteuerung der Mineralwässer und des gefährlichen Wassers, das man Bier oder Limonade nennt, sehr viel Zeit aber läßt es sich mit der schärferen Erfassung der Erbanfälle, die in die Hände entfernt verwandter reicher Veteranen und Basen übergehen. Damit der reale Besitz und das die Leistungsfähigkeit widerspiegelnde Einkommen des reklamierten Kriegsgeschäftsmachers geschont werden, soll der Umsatz, den Frau und Kind des armen Schützengräbemanns und der dürfstigen Kriegsunterstützung bewirken, in Form einer Brot-, einer Kartoffelsteuer zu den Kriegskosten beitragen. Da darf man wohl fragen: Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Neben der Reichserbschaftssteuer und einer etwaigen Erhöhung des Stempels auf Gründung von Aktiengesellschaften, der die bei dieser Gelegenheit meist erzielten hohen Gründergewinne sehr wohl treffen könnte, drängt sich der Gedanke einer Dividendensteuer auf. Die Steigerung der Kriegsdividenden hat allgemeinen Unmut erzeugt. Nichts natürlicher als daß dem allgemeinen Volksempfinden Rechnung getragen wird, besonders da von einer Gefährdung volkswirtschaftlicher Interessen gar keine Rede sein kann.

Die Aktionäre werden sich zwar sicherlich über Doppelbesteuerung beklagen. Sie werden ins Feld führen, daß bereits die Einnahmen der Aktiengesellschaften von der Einkommensteuer, und zwar in Preußen sogar etwas höher als die der physischen Steuerträger getroffen werden und daß außerdem die Couponzahlungen nochmals als Einnahme der Einzelpersonen versteuert werden. Auch die Aktiengesellschaften werden sich dagegen wehren, schlechter behandelt zu werden, als der Einzelunternehmer. Dagegen ist darauf hinzuweisen, daß das Risiko und die Arbeit des Aktionärs sehr viel geringer ist, als die des Unternehmers. Der Aktionär kann seinen Besitz ständig veräußern und hat selbst bei verlustreinem Verkauf den Vorteil, sein Geld sofort in neue Geschäfte stecken und sein Glück verloren zu können. Der Einzelunternehmer ist in viel stärkeren Maße an seinen Besitz gebunden und eben diese ungünstige Lage zwinge ihn, unter schlechteren Bedingungen abzustezen. Auch ist allgemein bekannt, daß die Aktiengesellschaft weit leichter arbeitet und groß wird, als das Werk eines Einzelunternehmers, auf dessen Klugheit und Energie — vorausgesetzt, daß er noch das Unternehmen persönlich leitet — das Gedanken des Betriebes beruht.

Unter den jetzigen Zeitumständen erscheint eine Dividendensteuer ganz besonders gerechtfertigt. Die Abschlüsse für das Geschäftsjahr 1917 zeigen vielfach eine ganz außerordentliche Erhöhung der Dividenden. Das beweist ein Doppeltes: Daß die Kriegssteuer, für die die Rücklage meist vor Ausweisung des Rohgewinnes abgezahlt ist, durchaus ungenügend wirkt und daß die Gesellschaften bestrebt sind, möglichst viel an ihre Aktionäre zu verteilen, um einen späteren Rückgriff des Reiches auf ihr Vermögen unmöglich zu machen.

Eine höchst erwünschte Nebenfolge der Dividendensteuer wird sein, daß sich die Kapitalisten in erhöhtem Maße dem Markt der festvergünstlichen Werte zuwenden, die schon vor dem Kriege sehr stark unter dem Wettbewerb der gut rentierenden Aktien gesunken haben. Es ist ein grundlegendes finanzielles und soziales Interesse, daß der Anlagenmarkt möglichst geprägt wird. Wenn die Kurse

der Anleihen sinken, so sind Reich, Staat und Gemeinden gezwungen, neue Anlagen zu noch schlechteren Bedingungen aufzulegen, will sagen, zu niedrigeren Kursen und zu höherer Verzinsung. Daselbe gilt von dem Wach von Pfandschreien.

Wenn diese kommenden Schuldenverreibungsabschlüsse zu einem Bezeichnungspreise von 80 Prozent und einem Zinsfuß von 5½ Prozent erfolgen, statt zu einem Bezeichnungspreis von 90 Prozent und einem Zinsfuß von 5 Prozent, so bedeutet das eine Verteuerung des Kredites von 5 auf 6 Prozent oder um 20 Prozent der ausmachenden Zinsensumme. Es braucht keine Worte, um zu beweisen, wie sehr dadurch alle öffentlichen Körperschaften in der Kreditaufnahme für soziale Zwecke gehemmt sind, wie sehr sich auch durch die Steigerung der Zinssummen die Steuerlast erhöht und wie empfindlich im besonderen die Kreditbeschaffung für den so dringlichen Neubau von Wohnungen erschwert wird.

Das Reichsschahamt ist also nicht auf Gelegenheitswürfe angewiesen, die zum Teil für die nächste Zeit überhaupt nichts bringen, zum Teil die lebenswichtigsten Waren am empfindlichsten treffen. Der Reichstag wird sein Urtheil im ganzen kräftigen, wenn er alle Verlegenheitsprodukte einer einzigen Finanzpolitik von vornherein ablehnt und die Leistungsfähigen zu Opfern an Geld für das Vaterland heranzieht, für das die steuerlich am wenigsten leistungsfähigen Volksklassen mit ihrem Blute genugsam gezahlt haben.

### Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.  
WFB, Berlin, 22. April, abends. (Amtlich.)  
Von den Kriegshauptländern nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 22. April. (Amtlich.)  
Der Geschäftsbogen an der Tiroler Südfront und in den Sieben Gemeinden hält an.

Ein Entente-Kriegsbericht

Paris, im französischen Hauptquartier statt. Was dort ausgeheilt wurde, ist natürlich nicht bekannt geworden.

Die baltische Frage und Deutschland.

Nach einer Meldung wurde der sogenannte Litauisch-estnisch-litauische Abschluß im Hauptquartier vom Reichskanzler folgendes gesagt:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt gerufen, Ihnen, den heute erschienenen Vertretern des gemeinsamen Landesrates von Livland, Estland, Riga und Osel den wärmsten Dank für das durch Ihre Beihilfe Allerhöchst seiner Person bewiesene Vertrauen auszusprechen. Der siegreiche Vormarsch der deutschen Truppen und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk brachte auch Ihnen die Erlösung von schwerer Bedrängnis und zugleich die Möglichkeit, diejenigen staatlichen Einrichtungen zu treiben, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Nachdem der vereigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Osel als eine von verfassungswürdigen Körperschaften bernadene Vertretung der Bevölkerung dieser Länder sich vertrauensvoll an ihn gewandt hat, erklären Seine Majestät sich bereit, diesen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches anzudehen zu lassen und sie bei der endgültigen Durchführung der Loslösung von Russland wirksam zu unterstützen. Seine Majestät werden sodann gerne bereit sein, im Namen des Reiches auch die formell losgelösten Gebiete als selbständige Staaten anzuerkennen. Seine Majestät begrüßen den vom Landesrat ausgesprochenen Wunsch, daß aus den Kurland, Livland und Estland vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlicher geschlossener monarchisch-konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet werden soll. Wir wollen gern mit Rat und Tat zur Herbeiführung dieses Zustandes helfen. Auch sind Seine Majestät gern bereit, die Schaffung eigener Landeseinrichtungen für Livland und Estland zu ermöglichen, die bis zum staatlichen Zusammenschluß der baltischen Gebiete die Verwaltung Livlands und Estlands führen sollen. Mit besonderer Freude und Genugtuung hat es Seine Majestät erfüllt, daß Sie dem Dankgefühl Ihrer Länder durch den Wunsch Ausdruck verliehen haben, daß der neu zu bildende Staat dem Deutschen Reich durch eine Personalunion mit der Krone Preußen enger verbunden werden möge. Diese Bitte wird wohlwollend geprüft und die Allerhöchste Entscheidung wird dem Landesrat nach Abhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen mitgeteilt werden. Seine Majestät werden jerner bereit sein, nach der Loslösung der baltischen Gebiete von Russland Allerhöchst Seine Zustimmung dazu zu erteilen, daß zwischen dem Deutschen Reich und dem aus den baltischen Gebieten gebildeten Staat die erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Zoll- und sonstigen Konventionen abgeschlossen werden. Seine Majestät läßt den Landesvertretungen seinen kaiserlichen Gruß entbieten und ihren weiteren Arbeiten für die Entwicklung der von ihnen vertretenen Gebiete reichsten Segen wünschen.“

Wir haben wiederholt betont, wie wir zu dieser Sache stehen.

Die litauische Frage.

Die „Berl. Morgenpost“ berichtet: Der Kronprinz von Sachsen ist in Berlin eingetroffen und hat die führenden Parlamentarier empfangen. Heute wird er die Staatssekretäre und Staatsminister bei sich sehen. Es ist nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß die litauische Frage im Sinne einer Personal-Union zwischen Litauen und Sachsen ihre Erledigung finden dürfte.

In dieser Sache hat der Reichstag doch auch noch ein ernstes Wort mitzureden.

Der Friedensvertrag mit Rumänien ist noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Über die Ursachen dieser Verzögerung erfahren wir aus einwandfreier Quelle, daß die Kreise, die die Schuld an dem schlependen Fortgang der Verhandlungen auf der Seite des Deutschen Reiches sehen wollen, nicht auf der richtigen Fährte sind. Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Schwierigkeiten, zu einem Abschluß zu kommen, darin liegen, daß Rumänien die Friedensverhandlungen mit einem koalierten Gegner führt und daß es seine Niederlage in einem Koalitionskrieg erlebt hat. Es ist natürlich, daß die Wünsche und Ansprüche der an der Koalition beteiligten Verhandlungsbeteiligten besonders in territorialen Fragen nicht leicht zu vereinigen sind. Ebenfalls Schwierigkeiten

knach es auch, non allen Koalitionsmitgliedern die für den Frieden notwendigen Unterschriften zu bekommen.

Wie wir in der Angelegenheit ferner vernehmen, befinden sich Staatssekretär v. Kühnmann und Baron Burian in dieser Angelegenheit Ende dieser Woche erneut nach Russland.

#### Deutsch-holländische Wirtschaftsverhandlungen.

Der Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Holland ist am 31. März d. J. abgelaufen. Seine Erneuerung ist augenscheinlich Gegenstand der Verhandlungen zwischen Holland und Deutschland. Die Verhandlungen laufen darauf hinaus, daß Holland von Deutschland Kohlen und Holz erhält, während Holland uns aus seinen Vorräten Lebensmittel, besonders Butter, Käse, Fette und Gewürze, liefert. Hand in Hand mit diesem Teil der Verhandlungen gehen noch andere, eine Vereinbarung bezüglich über den Austausch von in holländischen Häfen liegenden Schiffstraum gegen Schiffe, die sich in den Händen der Entente befinden und die Britterreide nach Holland bringen sollen. Dieser Teil der Arbeiten liegt in den Händen einer von beiden Mächten besuchten Kommission, die einen Vertragsentwurf bereits fertiggestellt hat. Dieser hat bereits in Berlin zur Begutachtung vorgelegen und wird nächstens der holländischen Regierung übermittelt werden.

#### Der ominöse Kaiserbrief.

Die "Bosse'sche Zeitung" bringt folgende Drahtmeldung aus Paris:

Aus der Geschichte des Briefes des Kaisers Karl macht der "Temps" vom Donnerstag die interessante Mitteilung, daß die Entente-Konferenz zu St. Jean de Maurienne nicht etwa, wie das bisher die französische Regierung behauptet ließ, beschlossen hätte, der Anregung des Kaisers seine Kolle zu geben; sondern im Gegenteil sich die Entente-labiente bereit erklärt, in eine Unterhandlung einzutreten. Sie ließen den Kaiser Karl um ergänzende Erläuterungen bitten. Daraufhin überbrachte Prinz Sixtus den zweiten, bisher von Clemenceau veröffentlichten noch immer nicht veröffentlichten Brief Kaiser Karls. Erst auf dieses zweite Schreiben hin, ließen die alliierten Kabinette wissen, eine Fortsetzung der Beziehung läge nicht in Frage. Es scheint sich also die Entthüllung der "Heute" zu bestätigen, daß der zweite Brief den ersten korrigierte oder besser gesagt, das Mißverständnis beseitigte, das bei den Entente-regierungen durch die jetzt von Clemenceau veröffentlichte Fassung des ersten Briefes entstanden war. Laut "Introspectant" war das erste feierliche Schreiben französisch abgesetzt. Die vom Prinzen Sixtus dem Präsidenten Poincaré übergebene Abschrift — nicht das Original, wie Heus gemeldet hat — ist mit Bleistift geschrieben. Die Veröffentlichung Clemenceaus stützt sich also nur auf eine offizielle erst beim Empfang des Prinzen Sixtus im Einschreit mit Bleistift gemachte Abschrift. Clemenceau hat sich übrigens durch seine Entthüllung einen Feind geschaffen, der mindestens ebenso ernst zu nehmen ist wie die ganze sozialistische Opposition: Satt hau, der frühere Eugenminister, macht in der ersten Sitzung des Kammerrausschusses für Auswärtiges Clemenceau wegen der Veröffentlichung die heftigsten Vorwürfe. Er nannte sie eine der eiszeitlichen Regeln des diplomatischen Ehrenkodex zu widerhandelnde Verletzung der Schweigepflicht.

Das über die Kaiserbriefe herrschende Durcheinander ist jetzt auch noch nicht geklärt worden.

#### "Humanité" zu der Kaiserbriefaffäre.

In ihrem Leitartikel vom 13. April sieht "Humanité" u. a. Alles bemüht sich, die herrschende Dunkelheit zu durchdringen. Gut, wir haben also den Brief Karls I., aber dieser Brief steht doch nicht allein. Es existiert ein zweiter und ein Dokument Revertera, das wir nur teilweise kennen. Der Brief hat Besprechungen zur Folge gehabt. Unterhandlungen. Man sagt uns, daß nichts dabei herauskommen könnte. Warum?

Die Anregung sollte keinenfalls zu einem gerechten und dauernden Frieden führen, sagt der "Temps". "Wir möchten es gerne glauben, aber man muß uns doch da beweisen dafür liefern. Und die Regierung kann ohne Gefahr nicht mitten in ihren Ausklärungen innehalten. Das steht und füllt ein jeder. Nichts wäre unfehlbarer als wenn man sich sagen müßte, der Friede wäre 1917 möglich gewesen, man habe nicht alles getan, ihn herbeizuführen und wir trügen die Verantwortung für sein Scheitern."

Diese Frage übertrifft an Wichtigkeit — deren mögen wir die erinnern, denen vor allem das Schicksal der Regierung Clemenceau am Herzen liegt — die gewiß ernste Frage, wer gelogen hat."

#### Grausamkeiten der Weißen Garde.

Nach täglich eintreffenden zuverlässigen Nachrichten soll das Vorgehen der Weißen Truppen gegen die gesangenen genommenen Roten Gardisten und die an deren Seite militärisch teilnehmenden Soldaten sehr grausam sein. General Mannerheim scheint das von ihm zu Beginn des Bürgerkrieges angekündigte ignorante Vorgehen gegen seine Gegner wahrnahmen zu wollen. Dabei fest er sich über alle völkerrechtlichen Bestimmungen der Behandlung von Kriegsgefangenen vollständig hinweg. Die harschweise Erfahrung von Kriegsgefangenen, welche vorher sich selbst ihre Gräber graben müssen, scheint besonders nach der Einnahme von Kommerors zur Regel gemacht zu sein. Bei dieser Erfahrung wird auch keine Rücksicht auf die Mitglieder der weiblichen Todesbataillone genommen, die das gleiche Los wie ihren männlichen Kameraden teilen müssen. Besonders blutdürsig zeigen sich die Weißen gegen die kriegergefangenen russischen Soldaten. Dieses Vorgehen der hegenden Weißen bei in weitesten Kreisen der skandinavischen Länder, auch in Polen, die gegen die Revolution der Aeten waren, eine große Misstrauung und Erbitterung erzeugt. Im Stockholmer "Sozialdemokraten" wendet sich Branting in überaus scharfer Weise gegen diese Behandlung desfeiger Gegner. Vor allem weist er auf die ungemeine Erregung hin, die hierdurch in England entsteht wird, und die zu künftigen Revolutions-Anstossen führen wird. Man muß damit rechnen, daß England nicht ewig im Zustand der gegenwärtigen Entfristung bleiben wird.

Derne gönnt Branting vorzusehen zu können, daß auch in Deutschland Stimmen gegen eine Friedensführung nicht fehlen werden, die die Barbarei so weit treibt.

Doch es nicht mit rechten Dingen bei dem Bormarkt der Weißen gehe, kann man schon daraus erkennen, daß diese eine von bewaffneten sozialistischen Parteien bestreiteten Schweren eingeleitete Hilfsexpedition, an der sich auch So-

zialdemokraten beteiligen wollten, abgewiesen haben, wahrscheinlich, weil sie keine unparteiischen Zeugen in ihre Freistäaten einholen lassen wollen.

In Moskau scheint es noch ziemlich unzuhörig zu sein, wenn folgende "Times"-Meldung zutrifft: Nach gewissen aus Moskau eingetroffenen Nachrichten hat die zaristische Regierung zum Zwecke der Verteilung der Komplott, die von den Anarchisten vorbereitet wurden, in der Nacht vom 11. zum 12. April mit Geschützen und Maschinengewehren die Häuser beschießen lassen, in denen sich die Anarchisten in verschiedenen Quartieren der Stadt eingerichtet hatten. Nach schwachem Widerstand wurden diese Häuser von der Roten Garde besetzt.

#### Beschlagnahme der Schwarzen Meersflotte.

Nach einer Moskauer Havsmeldung erklärt ein Dekret sämtliche Handelschiffe der Schwarzen Meersflotte, d. h. 17 Einheiten mit 232 000 Tonnen Wasserverdrängung als Eigentum der russischen Regierung.

#### Die Kämpfe zwischen Russen und Japanern.

Die "Times" schreibt aus Tokio: Die Japaner beginnen in verschiedenen Küstenkolonien des Umgebietes unter dem Druck der Bolschewiki zu fliehen.

#### Ein japanisch-chinesischer Geheimvertrag.

Die "Daily Mail" schreibt aus Tientsin vom 16. April: Nach Meldungen chinesischer Zeitungen wurde ein wichtiger Geheimvertrag zwischen China und Japan abgeschlossen.

#### Holland zum Frieden.

In einer Antwort auf den Kommissionsbericht führt die holländische Regierung über die Friedensbewegung aus: Die Regierung jaudert nicht vor einer Friedensbewegung doch frage sie auch der durch die Kammer zum Ausdruck gebrachten Ansicht Rechnung, daß wenn die Regierung sich in dieser Sache äußert, dies nur im gegebenen Augenblick geschehen darf. Die Idee eines Staatenbundes wird von der Regierung weiter verfolgt, dieses Problem, insbesondere der Vorschlag der Liga zur Erzwingung des Friedens wird jetzt in der Kommission beraten, die seinerzeit zur Bereitung der dritten Friedenskonferenz ernannt wurde.

#### Der irische Widerstand gegen die Dienstpflicht.

Nach Meldungen aus London beginnt es in Irland zu gären. Nach in London vorliegenden Meldungen organisieren sich in ganz Irland zu kräftigem Widerstand gegen die Einführung der Dienstpflicht. Man trifft englischerseits in irischen Vorbereitungen zum Widerstand gegen die Dienstpflicht gegenüber kräftige Maßregeln. Dem Mitarbeiter des Daily Chronicle zufolge hat Militär die bedeutendsten Eisenbahnen, Post- und Telegraphenämter besetzt.

#### Englische Pazifisten bei den "Kannibalen".

Die bekannten englischen Pazifisten Ramsay MacDonald, Arthur Ponsonby und Charles Trevelyan hielten unlängst als Gäste der "Cannibal-Clubs", einer Vereinigung von Industriellen und Handelsstreitenden in London, Ansprachen, in denen sie den Standpunkt der englischen Pazifisten darlegten.

Ponsonby bezeichnete als Kriegsziele: Selbstbestimmungsrecht, Nationenbund, kein Wirtschaftskrieg, Rüstungsbeschränkung, Abjähfung der Geheimdiplomatie. "Wir sind", so führte er aus, "als Deutschtirende bezeichnet worden, aber ich glaube, daß es keine Gemeinschaft auf der Welt gibt, der unsere Anschaunen so widerwärtig sind, wie die deutschen Junker und Militäriten. Wir sind beschuldigt worden, erschützt zu haben, daß Deutschland keine Söhne am Kriegsausbruch zulasse. Das war nie unsere Tuffassung. Über es wäre unrecht, nicht leicht sorgfältig zu überlegen, ob sich wegen irgend eines Grundes die Fortsetzung des Krieges auch nur um eine weitere Woche rechtfertigen läßt." (Unruhe. Jurate: „Zwanzig, sie ist gerechtfertigt!“)

Ramsay MacDonald sagte: Als ich die Bezeichnung "Freunde" auf Deutsche anwendete, habe ich erklärt, daß ich damit die Leute meine, die wir in Stockholm treffen wollten, und die unsere Kriegsziele unterstützen sollten. Ich bin für einen demokratischen Frieden. Keine Friedensbedingung, die die Deutschen bisher anboten, hat mich bestiegt. Ganz gewiß nicht. (Beifall.) Soldaten Unruhe wird geredet. Bis jetzt ist kein Vorschlag von Deutschland gemacht worden, der einer befriedigenden Frieden gewährleistet. Es ist indessen nicht Pflicht des Diplomaten, die Soldaten aufzufordern, die Waffen niedezulegen, das ist Sache des Kriegsministeriums. Sache des Diplomaten ist, die Grenze auf das, was sie sagt und meint, festzulegen. Meine Politik ist die des Zofflegens. Auf die Frage, ob er diese Rede auch in Deutschland halten würde, antwortete MacDonald: „Ich bin fest überzeugt davon, daß ich dann wie meine deutschen Freunde ins Gefängnis säme. Ich habe keinerlei Absicht nach Deutschland zu gehen, dagegen würde ich gern in einem neutralen Lande die heutige geäußerten Anschaunen darlegen.“

Trevelyan erklärte, daß wenn Belgien nicht gerettet würde, der Krieg weiter gehen müsse.

#### Sozialistische Glückwünsche an das englische Volk.

Laut "Justice" hat Hindman im Namen der nationalen sozialistischen Partei Englands am 26. März an Sir Douglas Haig telegraphiert: "Die nationale sozialistische Partei spricht Ihnen und allen Soldaten und Kameraden, die Sie befehligen, die herzlichsten Glückwünsche aus zu ihrem wunderbaren Eintreten für die Unabhängigkeit unseres Landes und die Freiheit der zivilisierten Welt gegenüber den barbarischen und unmenschlichen Feinden der modernen Gesellschaft.

Die R. S. P. vertreut darau, daß Sie und Ihr herrsches Heer im Verein mit Letain und seinen glänzenden Truppen den vollkommenen Sieg erringen und für uns und unsere Verbündeten dauernd Frieden für die Weltdemokratie und die Gemeinschaft der Arbeitenden sichern werden." Ein eigenartiges Bild, das sich hier bietet!

#### 2000 Millionen Mark neue Steuern in England.

Aus London wird gemeldet: Bonar Law wird heute das Budget vorlegen mit erhöhten Steuern auf die großen Einkommen. Erbschaften, Bier, Tabak-Zucker, Luxusgüter, unter die auch hochwertige Kleidung fällt. Das beträgt 100 Millionen Pfund mehr.

In England sieht man weniger das große Einkommen und die Großfehler mehr als bisher heraus.

#### Versenklt.

Außerordentlichen Abbruch hat dem Schiffraum der Entente der Tauchbootkrieg während des Blous à l'âge ausgetragen. Es wurden von deutschen Tauchbooten versenkt 689 000 Brutto-Rегистertonnen. Damit ist die Gesamtsumme des versunkenen Tonnenraums auf 16 469 000 Brutto-Rегистertonnen gestiegen.

#### Die amerikanische Marine.

Das amerikanische Abgeordnetenhaus nahm mit allermeiner Zustimmung ein Gesetz an, wodurch sofort 1312 Millionen Dollar zur Verfügung der Marine und ihrer Kriegsschiffe gestellt werden.

#### kleine Nachrichten.

Die Beschiebung von Paris dauerte auch am Sonntag an.

Die gegen den französischen früheren Minister Molotov erhobene Anklage auf Hochverrat ist fallen gelassen worden. Es war also wieder einmal nichts.

#### Politische Rundschau.

##### Deutschland.

##### Das Steuerflüchtwerk und die bürgerlichen Parteien.

Wie die "Tägl. Rundschau" hört, haben die bürgerlichen Fraktionen über ihre Stellungnahme zu den neuen Steuer-Vorlagen mit einander Führung genommen. Das Ergebnis kann man dahin zusammenfassen, daß die Parteien die Vorlagen der Regierung als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen über die Auflösung des nötigen Steuerbedarfs halten. Sie wünschen jedoch einen härteren Ausgleich zwischen der Belastung des Besitzes und der Verbraucher. Insbesondere wird daran gedacht, die Kriegsgewinne für die physischen Personen schon jetzt einer Lösung zuzuführen. Gedacht wird an eine Kriegsabgabe unter Schonung der kleineren Vermögen und Später und schärfere Erfassung der Vermögensvermehrung während des Krieges.

Wie das Blatt weiter hört, sollen zur Beschleunigung der Angelegenheit die Steuer-Vorlagen an mehrere Ausschüsse verleilt werden. Die Frage der Besitzsteuer soll dem Hauptausschuß vorbehalten bleiben.

##### Die Notlage der Militärpersonäle.

Bei den mannigfachen Kriegs-Teuerungszulagen, die heute gegeben werden, ist eine Gruppe völlig übersehen worden: das sind die militärischen Friedens-Helden, die nach einer Dienstzeit von mindestens sechs Jahren vor Ausbruch des Krieges als zu 100 Proz. erwerbsunfähig mit Verstümmelungszulage aus dem Dienst ausscheiden müssen. Diese Leute können nicht nur nichts mehr arbeiten, sondern sind im Gegenteil ebenfalls meist fremder Pflege bedürftig. An Pension beziehen sie, inkl. der Verstümmelungszulage von 27 Pf., monatlich als Unterofizier 72 Pf., als Sergeant 87 Pf., als Feldwebel 102 Pf. Man muß sich wirklich fragen, wie ein solch bedauernswertes Helden, ob verheiratet oder nicht, bei den heutigen Lebensmittelpreisen, mit dieser Pension seinen Lebensunterhalt bestreiten soll. Wo daneben noch das Geld für Miete, Kleidung, Schuhzeug, für Arzt und Medikamente herkommen soll, ist in der Tat ein Rätsel. Waren diese Pensionen schon im Frieden ganz unzureichend, so entsprechen sie gegenwärtig auch nicht mehr den allerbedeutschesten Ansprüchen. Das Reich hat die unbedingte Pflicht hier ungeahnt helfend einzutreten.

##### Kriegsrede eines Erzbischofs.

Eine wunderschöne Kriegsrede muß der Erzbischof Kapiza dieser Tage in Lauchütte gehalten haben, wenn wir uns auf die Mitteilungen des "Oberschlesischen Kurier", Nr. 81, verlassen dürfen. Der Diener Gottes machte sich das Wort eines Kindes zu eigen, das erzählte, der Vater schlage im Felde die Russen kaput. Daran knüpften der Erzbischof Kapiza die sünnige Betrachtung, wir hätten die Russen nicht nur kaput gebracht, sondern auch kaput gearbeitet, wir hätten die Russen ferner kaput gebeten und schließlich auch kaput gefasst. Er schloß mit den Wörtern: "Zogt wollen wir auch die Engländer kaput machen!" Vielleicht gelingt es Herrn Erzbischof Kapiza, die Engländer kaput zu predigen. Um das gleiche Wahlrecht in der national liberalen Partei.

In der national liberalen Partei geht der Kampf um die Stellungnahme gegenüber der Wahlreform weiter. Die Nationalliberale Korrespondenz sucht dem rechten Flügel der Partei gut zugutezuhalten, ihren Widerstand doch fallen zu lassen. Alle Bedenken nützen jetzt nichts mehr in dem Augenblick, in dem feststeht, daß Preußen mit seinem Staatsfließ in den Strom des allgemeinen gleichen Wahlrechts einfließen werde. Ein königliches Befehl ist zu diesem Wahlrecht und ein Volk, dem die Erlösung eines königlichen Wahlrechts heilig ist, sind in ihrem Zusammenhang nicht aufzuhalten. Diese Voraussetzung lasse der Partei nur die Wahl zu der auch der Zentralvorstand sich entschlossen habe, nämlich: die Anerkennung der staatlichen Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts.

In den "Deutschen Stimmen" des Abgeordneten Stresemann wird deutlich ausgesprochen, daß die starke Spannung, die durch die Landtagsfraktion hindurchgeht, die Gefahr der Parteipaltung in sich trage. Die "Kreuzzeitung" bedauert diese Schwierigkeiten, die der Nachbarpartei erwachsen sind, sucht aber die Wahlrechtsgegner in der national liberalen Partei scharf zu machen. Die nächste Zukunft sei nicht von auschlaggebender Bedeutung. Das gleiche Wahlrecht wird in Preußen nicht nur für die nächsten Jahre, sondern auf Jahrzehnte und Generationen hinaus einer unheilvollen Radikalisierung ausgeliefert. Die dadurch herbeigeführte Klassenherrschaft der organisierten Industrie arbeiterhaft bedrohte Gefahren herauf, bei denen die Staatsnotwendigkeiten auf die Dauer in keiner Weise zu ihrem Rechte kommen könnten und zwar sowohl die feste Stellung der Krone, wie die Interessen des Deutschtums in den Ostimarken, der Schutz des Besitzes als der Grundlage freien und selbständigen Unternehmertums in Stadt und Land, wie der christliche Charakter von Kirche und Schule. Die "Kreuzzeitung" beschwört den rechten Flügel der national liberalen Partei, unter keinen Umständen wankend zu werden, sondern nach wie vor für Ablehnung des gleichen Wahlrechts einzutreten.

##### Die Vaterlandspartei bei gutem Appetit.

Im Sitzungssaal des Kreislichen Abgeordnetenhauses hielt am Freitag die Deutsche Vaterlandspartei ihren 2. Parteitag ab, über den selbst die alldutschen Dr-



langsame Ende des Königs Kambyses und seiner königen Gattin Rhodope herbeiführten, sind vielen Leuten unserer Zeit unverstehbar. Denn noch übt Hebbels gedankentiefe und sprachlich reiches Werk eine bedeutende Wirkung aus, wenn seine Werke die darin niedergelegten Schäfte klar erkennen lässt. Das war aber Sonnabend nicht der Fall. Das ernste Streben des Herrn Buenteler als Kambyses und des Fr. Gühne als Rhodope sei gern anerkannt, aber sie vermochten doch nicht ihre Rollen so zu gestalten, dass man darüber vergaß, wie fern ihre Handlungen unseren heutigen Anschauungen lagen. Sie überzeugten nicht. Dazu kam, dass man Fr. Gühne auch nicht immer verstand. Herr Steinholter gab den Einges mit Temperament, aber nicht frei von den stets an ihm zu beobachtenden Manieren in Gesten und Bewegungen des Kopfes. Trotz der Mängel fand die Vorstellung vielen Beifall.

"Der stiegende Holländer" wurde am Sonntag abend in anderer Besetzung einiger Hauptrollen wiederholt. Frau Bartusch-Jonas, die hier eine Reihe von Jahren tätig war und jetzt in Tüddesdorf wirkt, sang die Senta. Ihr schöner Sopran scheint an Kraft gewonnen zu haben und auch ihre Darstellung dieses eigenartigen Mädchentheaters war gut durchdacht. Blumen und reicher Beifall zeigten der Künstlerin, dass sie hier noch unvergessen ist.

## Bekanntmachung.

In der Zeit vom 25. bis 30. April 1918 wird auf den Abschnitt 42 der Warentafte des Lebensmittelmarktes und der Lebensmittelparte

### 1 Pfund Gemüse-Konserven oder Reis-Konserven

in den nachstehend verzeichneten Geschäften abgegeben.

Die Reiskonserven ist nur in Dosen zu 2 Pfund zum Preis von Mk. 2.25 erhältlich, sodass zum Bezüge einer Dose 2 Hefte oder Karten vorgelegt werden müssen.

Die bei dem Konsumverein für Lübeck und Umgegend zur Kundenliste für Mühlenfabrikate usw. angemeldeten Verbraucher haben die Konserven bei den Warenabgabestellen des Konsumvereins zu entnehmen.

Die Kleinhandelsgeschäfte, welche an dieser Verteilung beteiligt sind, haben die angenommenen Abschnitte bis zum 3. Mai eingeliefert der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, unter gleichzeitiger Angabe des Restbestandes einzureichen.

Lübeck, den 23. April 1918.

(1980)

### Das Polizeiamt.

#### Verkaufsstellen für Gemüse-Konserven:

Gebr. Begasse, Sandstr. 22.  
Gebr. Begasse, Uhlandstr. 7.  
Behm, Fedder J., Hansstr. 97.  
Berend, Wilh., Brokesstr. 20.  
Blank, Herm., Kronstr. Allee 51.  
Büsen, Reinh., Arnumstr. 1a.  
Buhmann, T., Holstenstr. 28.  
Dreijalt, H., Breite Straße 28-30.  
Franck, Heinr., Wahmstr. 67.  
Grammersdorf, W., Fleischhauerstraße 89.  
Grube, Bernh., Sachsenstr. 25.  
Hack, Rich., Gottmigitz 39.  
Hartel, Conrad, Hügstr. 126.  
Hartwig, Ludwig, Übertrave 8.  
Hess, Ernst, Moisling.  
Hinz, Carl, Breite Straße 55.  
Hinz, Julius, Rücknitz.  
Hochhafenwerk, Herrenwör. Höfke, Otto, Blankstr. 14a.  
Höfner, Otto, Rieckstr. 16.  
Hart, Conrad, Hügstr. 126.  
Hartwig, Ludwig, Übertrave 8.  
Hess, Ernst, Moisling.  
Hinz, Carl, Breite Straße 55.  
Hinz, Julius, Rücknitz.  
Hochhafenwerk, Herrenwör. Höfke, Otto, Blankstr. 14a.  
Höfner, Otto, Rieckstr. 16.  
John, Wilh., Schüsselbuden 3.  
Kähler, Carl, Lange Reihe 29.  
Kayser, Ferd., Breite Straße 81.  
Konsumverein für Lübeck und Umgegend in allen Warenabgabestellen.  
Kräger, J. U., Travemünde.  
Kruse, Fritz, Schüsselbuden 32.  
Kühnast, Ludwig, Percevalstr. 21.  
Lohrmann, A., Siems.  
Lorenz, R., Wwe., Attendornerstr. 57.  
Loh, Ernst, Möllerstr. 15.  
Magaard, Gustav, Johannisstr. 18.

#### Verkaufsstellen für Reis-Konserven:

Baake, Otto, Breite Straße 70.  
Badstein, W., Schwedenquerstraße 11.  
Borgwardt, J., Kronstr. Allee 29.  
Butz, W., Barendorfstr. 32.  
Bittmann, Hans, Fleischhauerstr. 9.  
Döhrmann, E., Nachf., Rohrbachstr. 12.  
Erdmann, Ludw., Fleischhauerstraße 7.  
Hayes, Gerhard, Wühlenstraße 1a.  
Holtermann, H. H., Marktstraße 4.  
Jüdenschule, Franz, Hügstr. 51.  
Köhler, Wwe., Karl, Wahmstr. 19.  
Köster, B., Hügstr. 118.  
Kock, Anna, Hügstr. 119.

## 36000 Mark Belohnung.

Unter Ausschaltung der bisherigen von mir zwecks Ermittlung von Straftätern um bestimmungsmässige Auslobungen von 14000 Mark, 6000 Mark und 2700 Mark seje ich 36000 Mark Belohnung unter folgenden Bedingungen aus:

Die Belohnung ist für diejenigen bestimmt, durch deren Hilfe es gelingt, jemand der Aufhebung der Arbeitsschafft zu einem das Deutsche Reich schädigenden Streik oder zur Revolution im Corpsteig zu überführen.

Die Höhe der Belohnung richtet sich je nach der Bedeutung des Falles und wird von mir bestimmt. Ich werde die Belohnung besonders hoch bemessen, wenn dem Gesetz widergewirkt wird, dass er in feindlichen Soldaten gekämpft hat.

Und mehrere an der Übersetzung beteilitet, ja entscheidend über die Verteilung der Belohnung unter den Teilnehmern.

Werden, denen traut ihres Unters die Verfolgung der oben bezeichneten Gesetze obliegt, sind von der Belohnung nicht ausgeschlossen.

Eine Aufsetzung der von mir vollzogenen Rettung der Bevölkerung im Falle des Krieges ist ausgeschlossen.

Diese Aussetzung wird annehmen:

1) wenn nach meinem Urteil bis zum Kriegsende mit England und Amerika niemand ein Einrecht auf den dann noch zur Rettung lebenden Bevölkerung erworben hat;

2) wenn der ausgetragene Vertrag nach Maßgabe der vorstehenden Bedingungen ausgebrannt ist.

Eine öffentliche Bekanntmachung über den Eintritt der Unfreiheit der Zustellung erfolgt nicht; ein einzelner Widerruf der Zustellung wird in derfelben Weise wie diese Zustellung bekanntgemacht.

Der treibende, kommandierende General.

v. Falk,  
General der Infanterie.

Eine tüchtige Leistung hat Herr Mossi als Holländer. Das markige Organ zeigt sich für diese Partie sehr geeignet und auch das Spiel war recht wirkungsvoll. Zuletzt ließ er sich durch seinen Eisern jedoch zu einem Neheimer sehr beweglichen Schachzug verleiten. Auch der Dalarell des Herrn Schwarz war durchweg recht anerkennenswert.

P. L.

## Neueste Nachrichten.

### Die Beschiebung von Paris.

Hag, 22. April. Die "Daily Mail" berichtet aus Paris, dass bei dem letzten Angriff auf die französische Hauptstadt die deutschen Flieger, abermals U-Boottorpedos von besonderer Größe verwandten. Diese hätten ganz außerordentlichen Schaden angerichtet. In einzelnen Straßen seien über 5000 Feuerlöwen zertrümmert worden. Ganze Straßen-Häusern seien zerstört. Das Innere von Dutzenden von Häusern sei von der Straße aus völlig zu übersehen. Gleichzeitig hätten die neuen Geschosse zahlreiche Brände verursacht.

**Ein Dementi.**  
Hag, 22. April. Ein rheinisches Blatt brachte aus Haag die Nachricht, die Entente werde versuchen, sich der in den niederländischen Kolonien liegenden deutschen Schiffe zu bemächtigen, wenn nötig sogar gegen den Willen der niederländischen Regierung. Auf Grund einwandfreier Informationen können wir feststellen, dass diese Nachricht aus der Quelle gegriffen ist.

### Clemenceau und die Kammer.

Genf, 22. April. Die französische Kammer hat Clemenceau ein Zeichen des Misstrauens gegeben, indem sie die vom Vorsitzenden Deschanel vorschlagene Verlängerung auf den 7. Mai mit 359 gegen 158 Stimmen verwies und die Verlängerung bis zum 30. April beschloß.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigk, für den gefahrene übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Mobilmachung des Metalls der Einrichtungsgegenstände.

Die Ausstellung der Meldevorhänge hat heute einen plötzlich so gesteigerten Zuspruch von Ausflugsbürgern bei der Polizei veranlasst, dass es unmöglich gewesen ist, jeden einzeln anzuhören, und dass für die Erwachsenen viel Zeit verloren gehen müsste.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Meldefrist erst am 30. ds. Monats abläuft, mithin Zeit genug vorhanden ist, um in Ruhe den gesamten Haushalt (bei Hausbesitzern die gesamten Grundstücke) an der Hand des Beschlagnahmeverzeichnisses durchzugehen.

Mit der Ablieferung wird zweckmäßig bis zu dem in der gedruckten "Mitteilung" angegebenen Termin gewartet, um Stausungen bei der Metallannahme zu vermeiden.

Lübeck, den 22. April 1918. (1988)

### Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung betreffend den Verkauf von Nähgarn.

Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 19. Januar 1918 werden diejenigen Kleinhändler, denen Nähgarn zuguteilt worden ist, wiederholt darauf hingewiesen, dass dieses Nähgarn nur gegen amtliche Bezugsausweise abgegeben werden darf, die in der nächsten Woche ausgetragen werden. Über die Abgabe müssen die Kleinhändler unter Rückgabe der Bezugsausweise Abrechnung vorlegen.

Die Abgabe dieses Nähgarnes ohne Bezugsausweis wird mit Gefangen bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft, außerdem wird der betreffende Kleinhändler fünfzig nicht mehr beliebt.

Lübeck, den 22. April 1918. (1979)

### Das Polizeiamt.

## Verkauf von holländischen Enten.

Bis auf weiteres werden vom Markthallenauflieger werktäglich von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorzeigung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Enten entgegengenommen.

### Der Preis beträgt Mk. 3.50 für das Pfund.

Eine Abrechnung auf die Fleischkarte findet nicht statt. Die Ausgabe der Enten geschieht nur Mittwochs und Sonnabends von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Barzahlung.

1972

### Der Ernährungsausschuss.

## Waisenhaus.

Fürthere Waisenhauszöglinge, welche sich im Laufe dieses Jahres zu verheiraten beabsichtigen und sich um das Braunwaldliche Legat bewerben wollen, haben ihr kirchliches Gejuch neben fürzum Lebenslauf bis zum 1. Mai d. J. im Waisenhaus persönlich einzureichen.

Zum 1. Juli eine abgeleitete 3-Zimmer-Wohnung mit Gas zu vermieten. (1977) Schlüter, Brehmerstr. 14, II.

Zu verkaufen ein gut erhaltenes Kinder-Sportwagen. (1980) Dornest. 45.

Zu verkaufen frühe Blätter (Blätter für Blüten). (1991) Briesett. 4, pt.

**Ein Kinderwagen**  
zu verkaufen. (1987) Stützenstr. 25, II, I.

Ein starker zweirädriger Wagen zu verkaufen. (1981) Abends nach 6. Ravenestbusch 63.

Gieg. Puppenwagen, gr. Puppe mit allem Zubehör zu verkaufen. (1982) Engelsgrube 72, III.

## Hansatheater.

Zweimaliges Gastspiel Julian Martini-Basch Oberspielleiter vom Carl-Schultze-Theater in Hamburg.

Dienstag, den 23. April, abends 7½ Uhr:

## Drei alte Schachteln

Cornelius Hasenpfeffer . Julian Martini-Basch a. G.

Mittwoch, den 24. April, abends 7½ Uhr:

## Die Dollarprinzessin

John Coudor . Julian Martini-Basch a. G.

Vorzukskarten haben keine Gültigkeit. (1975)



## Leder-

sohle HANSA

mit Läden vollwertiger Größen der Kernledersohle.

Verkaufsstellen:

Kackenburger Allee 48.

Weierstraße 29.

Reiserstraße 3.

Schlumacherstraße 6.

1971

## Rechnungs - Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „G. Hollisse“  
Hannoversche Straße 46.

## Achtung!

### Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-arbeiter Deutschlands.

Filiale Lübeck.

Am Sonntag morgen 9½ Uhr entschließt sanft nach kurzer Krankheit unser lieber Sohn und Bruder

Paul Olson

im 11. Lebensjahr.

Tiefbetroffen von den Eltern und Geschwistern.

Niels Olson u. Frau.

Beerdigung sind Mittwoch nach 2 Uhr v. d. Kapelle

Vorwerk aus statt.

(1978)

Tagessordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Nürnberg.

Berichterstatter:

M. Spreeberg, Hamburg.

N.B. Nicht Mittwoch abend.

Um zahlreiches Gescheinen eracht

(1985)

Die Ortsverwaltung.

## Oberleider

für Holz-Leder-Schuhe.  
Abschnitt nur nach Modellen bei C. Grimm Nachf.

Gedehandlung.

1976

## Stadttheater.

Dienstag, den 23. April 1918:

### Schauspielgemeinde

Gyges und sein Ring.

(Bläue Karten.)

Mittwoch, den 24. April 1918:

Zum letzten Male:

## Wiener Blut.

Bonnerstag, d. 25. April 1918:

Abschiedsvorstellung

für Dr. Fr. Reisch

## Preußischer Fortschritt.

Vom Drei- zum Dreiklassenwahlrecht.

Bald nach seinem Wiederzusammentritt, der am 23. April erfolgt, wird sich das Plenum der preußischen Drei-Klassen-Demokratie mit der vom Verfassungsausschuss verfassten Wahlrechtsvorlage zu beschäftigen haben. Dieser Ausschuss hat, wie seinerzeit berichtet, in zwei Lesungen die entscheidende Bestimmung der Regierungsvorlage, die das gleiche Wahlrecht vorschlägt, abgelehnt, und zwar in erster Lesung mit 20 gegen 15, in zweiter mit 19 gegen 16 Stimmen. Die reaktionäre Mehrheit bestand aus den 12 Konservativen, den 4 „Freikonservativen“ und 3 Nationalliberalen, während die anderen 3 Vertreter dieser Partei mit der Minderheit stimmten. An die Stelle des gleichen Wahlrechts hat die Auschussmehrheit ein Wahlrecht mit Zusatzstimmen nach dem Lebensalter der Zahl der erwachsenen Kinder, der Größe des Vermögens, der Höhe des Einkommens, der selbständigen Erwerbstätigkeit, dem etwaigen Grundbesitz und der Schulbildung gesetzt. Den Nationalliberalen war diese Differenzierung der Wählerschaft noch nicht genug, es mußten noch Zusatzstimmen geschaffen werden für die früheren Unteraffiziere und für einen großen Teil der Beamten.

Nicht bloß die Zusatzstimmen für Beamte, Einkommen und Eigentum, sondern auch die für „Bildung“ sind nichts als Bevorzugungen des Besitzes, denn der Besuch einer höheren Schule und die Ablegung von Prüfungen ist abhängig vom Geldsack der Eltern. Niemand anders müßte die Zusatzstimme für das Leben alter von 50 Jahren wirken, denn im Durchschnitt haben die Angehörigen der wohlhabenden Klassen weit größere Aussicht, das höhere Alter zu erreichen, als die Armen. Die Zusatzstimme für Wähler mit Kindern von mindestens 14 Jahren läuft ebenfalls auf eine Bevorzugung des Besitzes hinaus, denn bei den Proletarien ist ja nicht etwa bloß die Kinderzahl, sondern auch die Kindersterblichkeit größer.

Alles in allem bedeuten die Beschlüsse des Ausschusses eine schamlose Entziehung aller derer, die durch den Krieg Stellung, Einkommen und Familienglück eingebüßt haben, zugunsten jener, die durch den Krieg reich geworden sind. Und ein solches neues Wahlrecht, eine solche Bevorrechtung der Kriegsgewinner auf Kosten der Kriegsverlierer, wagt man dem preußischen Volke kurz vor Ablauf des vierten Kriegsjahres zu bieten! Den Missionen, die draußen im Felde ihre Knochen zu Markte getragen haben, ihre Gesundheit opfern und ihr Blut vergießen, wagt die reaktionäre preußische Mehrheit immer noch das gleiche politische Recht zu verweigern! Wenn sie aus dem Felde heimkommen, diese Millionen, von denen viele Hunderttausende zu Krüppeln geschossen sind, dann sollen sie zwar nicht mehr das alte Dreiklassenwahlrecht vorfinden, wohl aber ein Vierklassenwahlrecht!

Wird die preußische Regierung den Gehdehandschuh den ihr der freche Hochmut der Junker und Schloßbarone hingeworfen hat, aufzunehmen oder wird sie vor dem Starrfinn der Reaktionäre die Segel streichen? Einmal über das andere haben die Minister Friedberg und Drews unzweideutig erklärt, daß jedes Pluralwahlrecht für die Regierung völlig unnanbar sei und daß sie unter allen Umständen am gleichen Wahlrecht festhalten werde. Dasselbe hat auch der preußische Ministerpräsident und Reichskanzler Graf Hertling versichert. Auch der König von Preußen hat in feierlichen Kundgebungen sein Wort verpfändet für das Reformwerk.

Gelingt es der Regierung nicht, bis zur zweiten Lesung der Reformvorlagen im Plenum sich eine wenn auch noch so geringe Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zu sichern, so kann sie entweder das Abgeordnetenhaus auflösen und noch während des Krieges unter der zündenden Lösung: „Für oder gegen das gleiche Wahlrecht?“ Neuwahlen ausschreiben, oder sie kann den Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten, oder sie kann das Dreiklassen-

wahlrecht durch königliche Verordnung ebenso außer Kraft setzen, wie es vor nunmehr 69 Jahren durch bloße Verordnung eingeführt worden ist. Aus Gründen des gleichen Wahlrechts, wie es 1848 in Preußen schon einmal zu Recht bestanden hat und eigentlich auch heute noch zu Recht besteht, hätten dann Neuwahlen stattzufinden. Das Volk aber muß in machtvollen Kundgebungen den Wahlrechtsgegnern und der Regierung zeigen, daß es unter keinen Umständen gewillt ist, noch länger auf sein Recht zu verzichten.

## Das brüchige Mitteleuropa.

Sieht man auch gänzlich von einer Erörterung der Wiener Briefe ab, so kommt man doch auf Grund der Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß das Kriegsziel Mitteleuropas höher in den Wolken hängt, als die meisten bisher anzunehmen gewagt waren. „Mitteleuropa“ war in ihrer Vorstellung ein weitreichender zusammenhängender Staatenkomplex mit dem Deutschen Reich als Führerstaat und dem deutschen Volk als herrschender Rasse.

Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, dieses von Deutschen und Magyaren beherrschte, umgeben von einem Kranz mehr oder weniger selbständiger Kleinstaaten, von Flandern bis Estland und Finnland, von Hamburg bis Bagdad, das sollte Mitteleuropa sein. Sein Kernstück bildete der auf neue Abmachungen begründete dauernde Vertrag zwischen Deutschland und dem Habsburger Reich. Wie mit Österreich sollten mit Polen, dem Baltikum, Flandern, vielleicht auch mit verschiedenen Balkanstaaten Militär- und Zollkonventionen geschlossen werden, und dann war Mitteleuropa fertig.

Heute sieht es nicht so aus, als ob die Schwierigkeiten, die der Ausführung dieses Planes im Wege stehen, zu überwinden wären. Er sieht und füllt mit Österreich-Ungarn. Österreich-Ungarn ist für uns die Brücke nach dem Orient und ohne seine Mitwirkung bleibt Mitteleuropa ein Krüppel.

Bei dem geplanten festeren Band mit Österreich-Ungarn war die sogenannte „australopäische Lösung“ mit in Rechnung gestellt. Der Habsburger Dynastie, die nach mehr als fünfzigjähriger Trennung wieder in entere Beziehungen zum Deutschen Reich kommen sollte, war als Morgenröte das Königreich Polen zugeordnet. Indes hat diese austropanische Lösung in Österreich-Ungarn viele heftige Gegner gefunden, während sie in Deutschland manchen begeisterten Anhänger hat. Gegen sie wurde das Bedenken geäußert, daß Österreich durch sie noch mehr isoliert und dadurch dem deutschen Einfluß entzweit werden würde. Dieses Bedenken ist nicht behoben worden.

Das selbständige Polen hängt also gewissermaßen wieder in die Luft. Aus dynastischen Gründen, um „das schlechte Beispiel“ zu vermeiden, will man andeuten, es würde eine Monarchie werden. Damit entsteht die persönliche Frage der Dynastie. Soll es nicht eine österreichische werden, so müßte es wohl eine deutsche sein? Hier entsteht die Frage, ob die Polen aktivistisch genug sind, sich mit einer deutschen Dynastie einverstanden zu erklären. Ferner, ob die Beziehung des Warschauer Thrones mit einem deutschen Fürsten nicht in Wien Empfindlichkeiten erregen würden, so daß man keinen deutschen Fürsten raten könnte, auf ihm Platz zu nehmen.

In Verbindung mit Polen steht wieder die baltische Frage. Polen österreichisch, das Baltikum deutsch, Österreich und Deutschland — und dadurch Polen und das Baltikum — fest miteinander verbunden, das war die ursprüngliche Idee. Ein in seiner auswärtigen Politik selbständiges Polen bedeutet aber eine ständige Bedrohung der baltischen Länder. Weiß man doch überhaupt nicht, was vom Osten zu erwarten ist. Sicher ist sicher, denken die rein militärischen Orientierten, und darum wollen sie ein Stück Polen haben, das als Aufmarschgebiet gegen Osten dienen soll. Der preußische Landwirtschaftsminister ist denn auch bereit, diesen militärischen Wunsch zu erfüllen — wie der Reichskanzler zu ihm steht, weiß man nicht —, für den Kabinettschef aber entsteht daraus die quälende Frage, was aus den Überbleibseln Polens werden soll, da man sie unter den jetzigen Umständen doch nicht nach Russland zurückgeben kann.

So löst sich das künstlich geschürzte Netz Masche um Masche, und es gibt so will es scheinen, kein Halten mehr. Mitteleuropa war eine Fata Morgana. Das Bündnis der Zentralmächte ist für die Kriegszeit eine Notwendigkeit für alle, aber man soll sich keine Freude für die Ewigkeit schöpfen, denn die Ewigkeit ist lang. Der Gedanke, daß alles, was vom Ringe der Schützengräben umwickelt sei, für alle Zeit zusammengehören, und daß die Welt jenseits der Drahtverhüte für jede Zukunft nur als Feind in Be-

tracht komme, ist dilettantisch, unhistorisch und politisch im höchsten Grade gefährlich.

Gerade der Weltkrieg hat uns gezeigt, wie Bündnisse entstehen und verschwinden. Feinde von gestern stehen miteinander Schluß an Schluß und Verbündete von einst trennen sich wieder bis zum Weltkrieg. Deutschland darf sich nicht einspannen in den Raum, der ihm verblieben ist, sondern es muß sich sagen, daß mit dem Ende dieses Krieges eine neue Zeit beginnt, die für die auswärtige Politik unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet. Wenn der Sieger nicht durch übermäßige Ausnutzung seines Sieges, einen neuen Krieg herausfordert, steht ein langer Frieden vor uns, und während seiner Dauer kann sich mancherlei in der Welt ändern.

Die deutsche Politik war schon zu lange auf Mitteleuropa eingestellt. Wenn die Vorgänge der jüngsten Zeit vielen deutlich gezeigt hätten, daß andere Wege bejahren werden müssen, so wäre das nur ein Gewinn. Denn die Verhöhnung der Kriegsbündnisse auf der einen Seite hat nur die gleiche Erneuerung auf der andern Seite hervorgerufen. Darum sollte Deutschland nicht in eine mitteleuropäische Politik eingezogen werden, sondern sich nach dem Kriege frei seine Zukunft bauen.

## Deutscher Reichstag.

Der Streit um die Reichseisenbahnenfrage beschäftigte am Montag wieder einmal den Reichstag und der Rat des Reichseisenbahnenrates gab den Urteil dazu. Bekanntlich hat dieses keinen rechten Zweck, würde ihn aber sehr wohl haben, wenn ein engerer Zusammenhalt unter den einzelnen deutschen Staatsbahnsystemen herbeigeführt würde. Nach der seit langem vertretenen Aussicht der Sozialdemokratie und auch des Liberalismus, für welche Parteien die Abgeordneten Ulrich-Offerbach, Dr. Müller-Melkingen und Schwanbach das Wort nahmen, läge diese Vereinheitlichung im Interesse des ganzen deutschen Volkes, somit des deutschen Volkes, aber auch im finanziellen Interesse des Reichs.

Andererseits ist bekannt, daß Preußen seine Hauptnahmestelle, die Staatsbahnen nicht hergeben will, zumal der geistige Ausfall sonst durch direkte Steuern gedeckt werden müßte, wobei der jetzige Landtag natürlich nicht zu haben ist. Immerhin verkündete der Bismarck von Payer in einer launigen Rede seine der Vereinheitlichung freundliche Würtembergische Meinung, jedoch nicht als Privatmeinung, sondern als die der vereinbarten Regierungen, d. h. aber nur, daß sie sich mit der Einsetzung einer Studienkommission einverstanden erklären. Diese soll nach einer vorjährigen Reichstagssentschließung in der Hansemünde des Niedersachsen bestehen; nach 13 Monaten gab der Bundesrat darauf eine recht unsichere Antwort, hat sich aber jetzt eines Besseren belehnt. Immerhin war es eingerahmt überraschend, als der Bismarck zu dieser Frage das Wort ergriff, und es fehlte nicht an bösen Jungen, die da meinten, seine Teilnahme an den hochpolitischen Entscheidungen lasse ihm Zeit und Muße, sich mit der Reichseisenbahnenfrage näher zu befassen.

Herr von Breitenbach sprach eine redaktive Übersetzung Dr. Müllers-Melkingens auf das Schwert seiner Entlastung.

Nach weiterer Debatte wurde in später Abendstunde die Abstimmung bis zur dritten Lestung ausgezögert. — Dienstag; Erste Lestung der neuen Steuern.

Montag, 22. April 1918.

150. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Payer, v. Breitenbach. Vizepräsident Dr. Paasche gedenkt des Ablebens des Herzogs Friedrich II. von Anhalt und begrüßt das Resultat der achten Kriegsanleihe.

Eingegangen ist das Arbeitskammergesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung betreffend Aufhebung des § 153.

Hierzu wird die zweite Beratung des Staats der Verwaltung der Reichseisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Haegy (Eh) verlangt, daß der Eisenbahnamt die Verkehrszintessen aus gegenüber den militärischen Instanzen schützt, und bepricht die Verhältnisse der Beamten bei den Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Der Reklamevertrag der Eisenbahnen

## Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.  
6. Fortsetzung.

Die Furcht vor einer Wechselseitlichkeit erschien ihm jetzt in der Tat nur als ein Albtraum, und der Wein erfrischte ihn das Herz wie noch nie. Auf die Bitten der Wirtsleute und den Freiern vertröstet, über Nacht zu bleiben und den Honoraroberndienst zu besuchen. „Das Haus Diethelm bleibt,“ sagte er halb selbstspöttisch; es wußte niemand, was er damit meinte. Er ging nun hinaus vor das Tor, um seinen Schäfern Bescheid zu sagen und der Mutter Nachricht zu geben.

So traf Diethelm die beiden Brüder mitten im Gespräch über ihn; er war voll guter Laune, als ihm Medard das Geld für die verkaufte siebzig Pfund Hähnchen übergab, händigte ihm ein nochhaftes Trinkgeld und befahl ihm, ein Zwischenwerk zu nehmen und rasch nach Buchenberg zu fahren, dort der Meisterin Bescheid zu bringen und alles herzurichten zur Aufnahme der neuen Waren und Schafe. Bald fuhr Medard mit seinem Bruder in die Endre Nacht hinein, Buchenberg zu.

Geschichte Kapitel.

Diethelm wollte nun logisch von dem Kastenverwalter den Wechsel auslösen, aber er überlegte, daß er dann ohne das Geld sei, und noch nie hatte er solche Freude an diesem gehabt wie heute.

Das Marktgewühl verließ sich allmählich; die großen Leiterwagen, mit lustigen Bauern und Bäuerinnen voll beladen, konnten schon in ungehemmtem Schritte durch die Straßen heimwärts fahren, in den Krämerbuden wurde bereits eingepackt und gehämmert, und die Pferde der Uebernachtenden wurden zur Abendstrecke an den Marktbrunnen geführt. Es war Diethelm, der, in Gedanken verloren, allem zuschaut, als blieb er zum erstenmal in seinem Leben in einem fremden Orte über Nacht, und als sei er fern in der weiten Welt und diese Stadt ihm nicht wohlbekannt und heimisch. Er wartete noch, bis auch seine Rappen zur Tränke geführt wurden, dann ging er abermals nach dem Kaufhause, um die Besförderung der eingetauschten Vorläufe nach seinem Heimatort anzurufen. Als begann das eben am Himmel aufzuhmammende Wetterlot zu tönen, so war's, als jetzt die Stadtmauern den feierlichen Abendchor vom Turme erschallen ließen. Diethelm achtete nicht lange darauf, und die Odeonfest und Lüfte, die jetzt in dem Raum so menschenwollen Kaufhause herrschte, machte ihm eine Weile fröhlich; aber er ließ es dennoch nicht an Umstehen, und der Reppenberger verlor sein Aufseheramt mestertief. Zum großen Waren führen nach Buchenberg, als Diethelm wieder in den Saal trat, so feierte Freiheit jubelnd und zu weitem Lachen

eine weitere Summe zum Aufbewahren übergab. Das Innere des Hauses hatte in wenigen Stunden ein ganz anderes Aussehen gewonnen, und in der Stube lagte ein Mädchen Diethelm aus, weil er es lange amtierte und nicht erkennen wollte: es war Fräulein, die in dem weißen Kleide der Wirtsstochter mit veränderter Haartracht in der Tat ganz unheimlich war. Diethelm schaute offen über diese Verwandlung, denn teils regte sich der Bauernstolz in ihm, teils fühlte er auch wohl, wie ungernödig diese Erinnerungsart für die Fräulein war. Der Wirt suchte ihn zu beschwichtigen, aber eine Stimme aus der Ecke rief: „Der Herr Diethelm hat ganz recht; die gewohnte Frödigkeit zierte den Bauernmann am besten und ist auch die nützlichste, weil sie nicht aus der Mode kommt.“

Zu seinem Schreck erkannte Diethelm den Kastenverwalter, und doch trat er rasch freundlich zu ihm und rümpfte sich beim Gläse sehr viel, wie stolz er daran halte, ein schlanker, echter Bauermann zu sein.

„Dreifester Hut, dreifache Versicherung hat ehemals bei uns gegolten,“ sagte ein hagerer Stammgäst mit langer Pfeife, der neben dem Kastenverwalter saß und sich als Kaufmann Gabler der Stadt zu erkennen gab. Und wo drei im Vaterlande heutigenfalls behaupten müssen, sprechen sie über die fortwährende Not und Verarmung des mittleren Bürger- und Bauernstandes. So auch hier.

Leicht aber nehmen solche Gespräche eine seltsame Wendung, die mehr oder minder ausdrücklich darauf hinausläuft, sich am eigenen Wohlfgefühl zu ergießen. Diethelm verstand es darum meistertisch, eine befreite Großvaterl an den Tag zu legen; und als der Kastenverwalter die sicheren Hypotheken lobte, gab Diethelm zu verstehen, daß er deren auch manche habe, daß er sie aber für den Handel nicht angreife. „Das wäre ja,“ sagte er, „wie wenn man einen Balken aus dem Hause nähme, um daran Feuer auf dem Herde zu machen.“ Der Kastenverwalter fand das klug und lobte das Haus Diethelm, und dieser fand ein eigenes Wohlfgefühl darin, mit Prahlereien um sich zu werben, und sie dünnten ihn bald nichts als reine Wahrheit; denn es ist ja gleich, was man besitzen mag, wenn nur die Menschen daran glauben: der Glaube macht reich, und der Glaube macht reich. Endlich rückte der Kaufmann Gabler mit seinem eigentlichen Vorlage heraus: er wäre Agent einer Brandversicherungsgesellschaft, und Diethelm sollte die eingekauften Waren und all seinen Hausrat versichern. Mit überlaufenem Widerspruch verneinte Diethelm diese Zumutung und hatte dafür allerlei unheilbare Gründe vorzubringen, die der Kastenverwalter mit Siegesstolz widerlegte, wobei er mit besonderem Nachdruck wiederholte: daß nicht der Bauer Diethelm, sondern das Handlungshaus Diethelm verhindern müsse.

Leicht auch der Sternenwirt hoffnungslos, gab Diethelm nach

aber unweigerlich beharrte er gegen den neuen Vorschlag, auch sein Leben zu verscheren; ja, es wäre vielleicht darob zu einem heftigen Streit mit dem Kastenverwalter gekommen, wenn nicht plötzlich ein Zwischenfall eingetreten wäre, der Diethelm im hellen Glanze strahlen ließ. Ein junger Mann trat ein und fragte nach Diethelm; dieser ging auf ihn zu und begrüßte ihn mit hoher Freude und zwang ihn, sich mit an den Herrentisch zu setzen. Nach vielem Widerstreben willfahrt der junge Mann, der ein Zeugweber aus der Stadt war, und so viel Diethelm abwehrte, bald sprach alles am Tisch nur Bob und Preis über hin, denn der junge Handwerker, Kübler mit Namen, war Brüderling mit der Bruderschöpfer Diethelms aus Schwalten, und Diethelm allein war es, der das Mädchen ausstattete, so daß zu Neujahr die Hochzeit sein sollte. Diethelm nickte bestaunend, als der Kaufmann Gabler sagte: „Wenn der Vetter Diethelm für Euch gutagt, Kübler, könnt Ihr bei mir holen, was Ihr wollt.“ Nunmehr aus neuer erhöht sich das Lob Diethelms, der mit zufriedener Freigiebigkeit seinen Verwandten aufschüttet, und der Sternenwirt nahm sogar einen Napoleon. Anfangs war Diethelm dieser Ruhm im Beisein seines Gläubigers peinlich gewesen; als aber auch der Kastenverwalter einstimmte, war es ihm, als wolle er immer und als endlich der Beginn des Honorarvertrages in der Post angekündigt war, trat Diethelm so breit in den Saal, daß die beiden Flügeltüren nicht vergebens aufgemacht waren.

Diethelm fühlte sich bei all seinem Stolz doch bald nicht recht wohl bei dieser Lustbarkeit. So genehm es ihm auch war, mit Beamten an einem Tisch zu sitzen, er magte sich doch bald zu dem alten Sternenwirt, der dahinter im unteren Stocke geblieben war, und hier ging ihm eine neue Hoffnung auf. Der Sternenwirt sagte offen, daß er und Diethelm keine Unterhändler brauchten, und erklärte geradem, daß sein Wilhelm und die Fräulein wohl zusammenpassten; er verbreitete sich sehr über die wirtschaftliche Tüchtigkeit eines klugen Bauernmädchens, und wie angelegt hier eine reiche Mitgift sei. Diethelm gab mit abgebrochenen Antworten und hielt dabei immer daran inne, daß der Sternenwirt etwas einfaches mögliche. Nunmehr wohlwollender wurden die beiden Genossen, denn der Sternenwirt wußte, daß Diethelm heute an sich seine alte wirkliche Erziehung: „Der Wein hängt aneinander.“ Mit diesem Worte brachte er immer wieder volle Flaschen auf den Tisch.

Spät in der Nacht, als die Gäste sich entfernt hatten, lachten Diethelm und Fräulein noch bei den Wirtsleuten, und es war ihnen allen so vertraut geworden, doch man sah gar nicht kommen mögliche; und doch sprach man nichts von der neuen Familien-Einigung, aber diese sahen allen in der Seele zu leben.

Fortschrikt folgt

